

Untermieter missbraucht Kinder: Haftstrafe

Witten. Im Prozess um den jahrelangen Missbrauch von Kindern hat das Landgericht Bochum am Montag einen 46-jährigen Angeklagten zu sieben Jahren Haft verurteilt. Die Richter sprachen von schwerem sexuellen Missbrauch von Kindern in sechs Fällen sowie von Jugendlichen in vier Fällen. Der Mann war Untermieter einer Wittener Familie, deren minderjähriger Junge und seine zwölf Jahre alte Schwester Opfer seiner Sexualtaten wurden. In der Anklage waren ursprünglich 17 Missbrauchsfälle aufgelistet sowie sexuelle Nötigung und der Besitz kinderpornografischer Fotos.

Der voll schuldfähige Mann hatte die Taten gestanden. Bei ihm liege eine pädophile Störung vor, erklärte eine Gutachterin. Schon 2014 war er verurteilt worden, weil er Pornofotos an ein 14-jähriges Mädchen verschickt hatte. Der Angeklagte will sich behandeln lassen. Die Ehe des Mannes war 2016 geschieden worden. Er habe häufig Bordelle und Saunacubs besucht. *boro*



Meine WAZ als E-Paper

Als Abonnent der gedruckten Zeitung (Mo–Sa) haben Sie **kostenlos** Zugriff auf alle digitalen Produkte – inklusive der Lokalteile Ihrer Nachbarstädte.



Unter [waz.de/digital-lesen](https://www.waz.de/digital-lesen) registrieren.



E-Mail erhalten und Bestätigungslink klicken.



Anmelden und Ihre Kundennummer eintragen.



Fertig! Viel Spaß mit Ihrem WAZ E-Paper.

Sie haben bereits ein Kundenkonto? Dann melden Sie sich direkt über [waz.de/digital-lesen](https://www.waz.de/digital-lesen) an.

Sie brauchen Unterstützung?

Dann rufen Sie uns an: **0800/60 60 710** (Auswahl „Digital“) oder vereinbaren Sie einen Rückruftermin: [waz.de/rueckruf](https://www.waz.de/rueckruf)

Cannabis: Die Gefahren der Legalisierung

Ärzte und Psychotherapeuten warnen vor Zunahme psychischer Erkrankungen und Druck auf das Gesundheitssystem

Thomas Mader

Düsseldorf. Ärzte und Psychotherapeuten laufen Sturm gegen die Pläne zur Cannabis-Legalisierung, die die Bundesregierung vor kurzem in einem Referentenentwurf konkretisiert hat. Hier die wichtigsten Argumente der Mediziner.

Wie viele Menschen konsumieren Cannabis?

„Dass Cannabis eine Einstiegsdroge ist, wissen wir seit Jahrzehnten“, sagt Dr. Frank Bergmann, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO) bei einer Pressekonferenz am Dienstag. Etwa acht Prozent aller Jugendlichen (zwölf bis 17 Jahre) in Deutschland soll laut Fachverband Sucht im vergangenen Jahr Cannabis konsumiert haben. Bei den Erwachsenen (bis 64 Jahre) sollen es 7,1 Prozent gewesen sein. Etwa ein Prozent aller Frauen und 1,4 Prozent aller Männer in dieser Altersspanne sollen so viel konsumieren, dass es „klinisch relevant“ wird.

Was würde eine Legalisierung bewirken?

Laut einer Metastudie des Hamburger Instituts für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung, die über 160 Studien aus aller Welt ausgewertet, führt eine Legalisierung zu einem erhöhten Freizeitkonsum. In Kanada etwa steige auch die Nachfrage nach wirksstoffhaltigerem Marihuana, erklärt Gerd Höhner, Chef der Psychotherapeutenkammer NRW. Langfristige gesundheitliche Folgen seien zu erwarten.

„Statt die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit neuer Suchtmittel zu ermöglichen, sollten wir eher dafür sorgen, dass Konsumierende, deren Suchtmittelkonsum zu Problemen führt, möglichst früh Hilfen zur Reduzierung der Risiken und Schäden erhalten“, sagt Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein. Er fordert mehr Prävention von der Schule bis zum Arbeitsplatz „mit dem Ziel, dass insgesamt weniger Menschen Suchtmittel konsumieren“.



Die Freigabe von Cannabis erhöht den Freizeitkonsum, zeigen Studien.

ADOBESTOCK

Welche gesundheitlichen Folgen kann Cannabiskonsum haben?

„Die chronischen Auswirkungen haben es in sich“, sagt Frank Bergmann. „Beispielsweise verminderte Lern- und Gedächtnisleistungen, eingeschränkte Aufmerksamkeit. Über einen längeren Zeitraum ist Cannabis ein bekannter Risikofaktor für andere psychische Erkrankungen. Das können Depressionen sein oder Psychosen.“ Der KVNO-Chef rechnet ganz klar mit einer Zunahme von depressiven Störungen speziell bei Jugendlichen, sollte die Legalisierung in dieser Form erfolgen. Sie suggeriere, „dass der Konsum nicht so schlimm ist, wenn man ihn Erwachsenen erlaubt“. Sein Stellvertreter bei der KVNO, Carsten König, ergänzt: Viele Psychiater und Psychotherapeuten hät-

Oder es entwickelt sich eine akute Psychose, die nicht mehr weggeht. Wenn das normale Leben eines jungen Menschen so zu Ende geht, ist das wirklich traurig.

Dr. Carsten König, KVNO

ten schon mal verzweifelte Mütter und Väter vor sich sitzen gehabt. Weil die Schulleistungen ihrer Kinder nicht nur nachgelassen hätten, sie kämen überhaupt nicht mehr mit. „Oder es entwickelt sich eine akute Psychose, die nicht mehr weg-

geht. Wenn das normale Leben eines jungen Menschen so zu Ende geht, ist das wirklich traurig und dramatisch.“

Sind die Pläne geeignet, Drogenkriminalität zu bekämpfen?

Die Ärzte und Psychotherapeuten verweisen auf Studien aus anderen Ländern, nach denen eine Legalisierung nicht zu einem Zurückdrängen des Schwarzmarktes geführt hätten. Professionelle Rauschgiftändler würden ihr Geschäft nicht einfach aufgeben, sondern sich umso stärker auf die Gruppe der Jugendlichen fokussieren, die Cannabis weiterhin nicht legal erwerben könnten.

Welche Folgen für das Gesundheitssystem befürchten die Experten?

Die Auswirkungen auf die ambulante Versorgung werden laut Frank Bergmann „in der politischen Diskussion massiv unterschätzt“. Auch Gerd Höhner, Vertreter der Psychotherapeuten, erwartet, dass ein steigender Bedarf nach Therapieplätzen die ohnehin herrschende Knappheit verschärft. Er weist auch darauf hin, dass „die geltenden Vorgaben zur Durchführung der Psychotherapie, die sogenannte Psychotherapie-Richtlinie, im Falle einer Cannabislegalisierung gar nicht umsetzbar sind.“ Eine ambulante Psychotherapie darf heute nur erfolgen, wenn nach zehn Behandlungsstunden eine Suchtmittelfreiheit erreicht werden kann. Durch eine Freigabe des Konsums werde dieses Kriterium ad absurdum geführt.

Anzeige

IHRE WAZ IM URLAUBSGEPÄCK

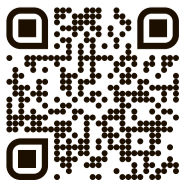
Mit dem E-Paper nichts verpassen!

GRATIS
für alle
Abonnenten

Jetzt kostenlos registrieren:

[waz.de/freischalten](https://www.waz.de/freischalten)

Tel. **0800/60 60 710** (Auswahl „Digital“) oder **QR Code** abschnappen.



WAZ Premium
Ein Abo, alles lesen.

Dortmunder Polizeipräsident spricht von verunsicherten Beamten

Dortmund. Nach Medienberichten über Sicherheitsprobleme in der als Brennpunktviertel bekannten Dortmunder Nordstadt hat Polizeipräsident Gregor Lange Verunsicherung unter den für die Wache tätigen Polizisten eingeräumt. Sie stünde in Zusammenhang mit dem Einsatz im August 2022, bei dem ein 16 Jahre alter Flüchtling aus dem Senegal von einem Polizisten erschossen wurde. „Was im Wachbereich Nord im vergangenen Jahr passiert ist, steckt nicht jeder so einfach weg“, teilte Lange am Dienstag in einer schriftlichen Stellungnahme mit.

Fünf Kolleginnen und Kollegen müssten sich demnächst vor Gericht verantworten. „Es ist nur verständlich, dass die derzeitige Situation auch Unsicherheit auslöst.“ Dennoch erwarte er von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, „dass sie da, wo kriminelle Strukturen erkennbar werden, konsequent einschreiten – natürlich immer unter Nutzung rechtsstaatlicher Mittel und Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.“ Dafür hät-



In Sorge: Dortmunds Polizeipräsident Gregor Lange. DPA

ten alle Beamtinnen und Beamten Rückendeckung.

Zuvor hatte die „Bild“-Zeitung anonyme Aussagen von Polizisten veröffentlicht, die fehlende Rückendeckung des Präsidiums bei Einsätzen in dem Viertel kritisierten. Beamte seien etwa angewiesen worden, möglichst wenige Migranten zu kontrollieren. Auch Geschäftsleute aus der Nordstadt beklagten laut „Bild“ mangelnde Kontrollen.

Beamte hätten Angst, gegen aggressive Dealer einzugreifen. „Die Polizisten wollen halt keinen neuen Ärger“, wurde ein Ladeninhaber zitiert.

Polizeipräsident Lange sieht die Behörde vor einer Zerreißprobe: „Die einen fordern von uns härteres Vorgehen. Von anderer Seite wird uns übertriebene Härte vorgeworfen.“ Die Anzahl der Straftaten sei zuletzt gestiegen. Eine Maßnahme dagegen sei die Videoüberwachung im Dietrich-Keuning-Park, die im März installiert wurde. Mit Geschäftsinhabern im Umfeld des Borjigplatzes wolle Lange nun einen Ortstermin arrangieren. Auch Gespräche mit den Polizisten der Wache Nord seien geplant.

Bei dem Einsatz am 8. August hatte ein Polizist sechs Schüsse aus einer Maschinenpistole abgefeuert. Vier trafen den Jugendlichen, der sich den Beamten zuvor mit einem Messer genähert haben soll. In Dortmund kam es danach zu Demonstrationen des linken Spektrums und der afrikanischen Community. *dpa*